

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich 12 Mal. Bezugspreis monatlich 2 RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich. Belegzahl Einzelnummer 10 RM. Alle Postkonten, Postboten, unsere Kunden u. Geschäftsleute nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Für den Inhalt des Blattes übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abrechnung einzelner Bestellungen erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Anzeigenpreise laut offiziellem Preisliste Nr. 2. - Riffer-Schäfer: 20 RM. - Vergebliche Anzeigenpreise und Plakate werden nach Möglichkeit berücksichtigt. - Anzeigenpreise sind vornehmlich 10 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. - Bei Anzeigen über den Preis hinaus ist jeder Anzeiger auf Kosten.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Nr. 202 - 98. Jahrgang. Diablon-Schrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden. Volkshaus: Dresden 2640. Donnerstag, den 31. August 1939.

Bekanntmachungen des Landrates zu Meißner und des Bürgermeisters von Wilsdruff, des Finanzamts Rassen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Polen — der Friedensstörer Europas

Gesamtmobilmachung Polens

Wie bekanntgegeben wird, wurde Mittwoch nachmittag um 14.30 Uhr in Polen die Gesamtmobilmachung befohlen.

Die polnische Generalmobilmachung hat panikartig eingesetzt. Große Plakate an allen Straßenecken Warschau kündeten von der sofortigen Einberufung aller wehrfähigen Männer im Alter bis zu 40 Jahren. Eine große Menschenmenge sammelte sich vor diesen Aufrufen. Ferner fand eine allgemeine Beschlagnahme von Pferden und mechanischen Transportmitteln einschließlich Fahrrädern statt.

Die Anordnung der Gesamtmobilmachung in Polen ist ein neuer Beweis für die Angriffsaabsichten dieses Staates. Darüber können die Polen auch dadurch nicht hinwegtäuschen, daß sie die Gesamtmobilmachung mit den deutschen Mowehr- und Sicherheitsmaßnahmen im Osten „begründen“ wollen. Diese Maßnahmen waren unvermeidlich, nachdem die Polen seit vielen Monaten Truppen über Truppen in Richtung auf Danzig und die deutsche Grenze in Bewegung gesetzt haben. Nach ihren eigenen Angaben haben die Polen bereits 2 1/2 Millionen Mann unter Waffen! Es ist eine niederrichtige Lüge, wenn man in Warschau nun versucht, die Gesamtmobilmachung als eine „Verteidigungs“maßnahme darzustellen. Es ist der Wille zum Angriff, es ist der Wille, Europa herauszufordern, der diesen Beschluß eingegeben hat! Auch in den vergangenen Wochen und Monaten hat dieser verbrecherische Wille sich von Tag zu Tag aufs neue bekundet. Ohne diesen Willen, das Schicksal heranzufordern, hätte es in Polen nie zu den gräßlichen Schandtaten gegen Menschen deutschen Blutes, hätte es nie zu den Brandstiftungen im Grenzgebiet und selbst auf reichsdeutschem Gebiet, hätte es nie zu den wilden Jagden gegen Deutschland und zur Aufstellung von Eroberungsplänen kommen können, die einfach vom Wahnsinn zeugen.

Die Gesamtmobilmachung in Polen müßte ganz Europa die Augen darüber öffnen, daß Polen gewissenlos mit dem Schicksal der Zukunft spielt. Wieder ist es Polen — das von England aufgekochte Polen! — das sich schwerste Verantwortung aufbürdet und dazu noch dem alten Rezept: „Haltet den Dieb!“ in verlogener Weise ändern die Schuld aufbürden will. Dieser Versuch aber scheitert schon daran, daß die Dinge für jeden, der sehen will, klar liegen. Polen war es, das die Krise durch die Ablehnung jeder gerechten Neuordnung ausgetrübte und dadurch, daß es Truppen in Warschau versammelt hat, ständig verschärft hat. Mit der Gesamtmobilmachung geht es nur einem — allerdings großen — Schritt weiter auf einem Weg, den es bereits im März betreten hat, hinein in sein eigenes Verderben!

Warschauer Rundfunk bestätigt polnische Generalmobilmachung

Der Warschauer Rundfunk gab in einer Sondermeldung die Anweisung der Militärbehörden bekannt, daß die Mobilisierungsbestimmungen für die Inhaber der weissen Karten in Kraft getreten sind. Diese Maßnahme entspricht der Generalmobilmachung.

Ministerrat für Reichsverteidigung

Der Führer hat am 30. August 1939 den nachstehenden Erlass vollzogen:

Erlass des Führers über die Bildung eines Ministerrates für die Reichsverteidigung vom 30. August 1939

Für die Zeit der gegenwärtigen außenpolitischen Spannung ordne ich zur einheitlichen Leitung der Verwaltung und Wirtschaft folgendes an:

1. Aus dem Reichsverteidigungsrat wird als ständiger Ausschuss ein „Ministerrat für die Reichsverteidigung“ gebildet. Dem Ministerrat für die Reichsverteidigung gehören als ständige Mitglieder an:

- Generalfeldmarschall Göring als Vorsitzender, der Stellvertreter des Führers, der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung, der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft, der Reichsminister und Chef der Reichsfinanz, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Der Vorsitzende kann auch andere Mitglieder des Verteidigungsrates sowie weitere Persönlichkeiten zu den Beratungen zuziehen.

2. Der Ministerrat für die Reichsverteidigung kann Verfügungen mit Gesetzeskraft erlassen, falls ich nicht die Verabschiedung eines Gesetzes durch die Reichsregierung oder den Reichstag anordne.

3. Die Befugnisse des Generalfeldmarschalls Göring aus der Verordnung zur Durchführung des Jahresplanes vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 887), im

besonderen sein Recht, Weisungen zu erteilen, bleiben bestehen.

4. Die Geschäfte des Ministerrates für die Reichsverteidigung führt der Reichsminister und Chef der Reichsfinanz.

5. Den Zeitpunkt des Außertrittens des Reichsbestimme ich.

Berlin, den 30. August 1939.
Der Führer, Gen. Adolf Hitler.
Gen. Göring, Generalfeldmarschall.
Der Reichsminister und Chef der Reichsfinanz, Gen. Dr. Lammers.

So sehr Deutschland den Frieden wünscht und mit allen Mitteln zu erhalten strebt, so sehr ist es auch entschlossen, alle Maßnahmen, die zur Sicherung seiner Lebensinteressen dienen, mit einer Kraft durchzuführen, die einem starken einzigen Volk in schwerer Zeit würdig ist und die zeigt, daß es in unserer Haltung keine Schwäche gibt. Mächtig, ruhig, entschlossen, geeint in einem Willen — so sehen wir das deutsche Volk, an dessen Seite das italienische steht, jetzt inmitten einer stürmischen unruhigen, von Kriegsplanen überhaubt geschüttelten Welt. Und so wie die Einführung der Wehrpflicht erlassen ließ, daß Deutschland mit allen Eventualitäten rechnet, zeigt auch die Bildung des Ministerrates für die Reichsverteidigung, daß Deutschland zum ganzen Einsatz bereit ist, wenn die Welt seinen gerechten Forderungen kein Verständnis entgegenbringt, wenn deutsche Kräfte in Polen weiter gequält und gemartert werden, wenn der Schandvertrag von Versailles nicht endgültig liquidiert wird. Auch diese Maßnahme des Führers zeigt von dem Ernst der gegenwärtigen Lage und der schließlichen Entschlossenheit Deutschlands.

Deutsche Mitteilung vor dem Londoner Kabinett

Nächste Prüfung im Außenministerium. Die deutsche Antwort auf die Mitteilung der britischen Regierung vom Dienstag traf in der Nacht zum Mittwoch in London ein. Der britische Außenminister Lord Halifax besprach die deutsche Mitteilung sofort mit seinen Mitarbeitern. Die Besprechung dauerte bis 2.30 Uhr früh. Das englische Kabinett trat dann im Laufe des Mittwoch zur Durchberatung der deutschen Mitteilung zusammen.

Henderson bei Ribbentrop

Der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop empfing in der Nacht zum Donnerstag im Auswärtigen Amt den britischen Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson.

Antwort des Führers Warschau übermittelt

Wie aus London gemeldet wird, wurde der Wortlaut der Dienstagabend in London eingetroffenen Antwort des Führers vom britischen Botschafter in Warschau Mittwoch morgen dem polnischen Außenminister übermittelt.

Am Dienstag wurde der englische Botschafter in Warschau von Außenminister Beck wie auch von Vizeaußenminister Szejmbeck empfangen. Beim polnischen Staatspräsidenten Mojszyski fand eine Beratung statt, an der Worschall Rudy-Smigly, Ministerpräsident Sliabkowski und Außenminister Beck teilnahmen.

Polen verletzt deutsch-polnischen Staatsvertrag

Privilegierter Zug durch den Korridor wurde nicht übernommen.

Der planmäßig am 10.22 Uhr ab Marienburg-Westpreußen verkehrende privilegierte D-Zug 24 Marienburg-Danzig-Groß-Polska-Stettin-Berlin, Stettiner Bahnhof, ist am Mittwoch von den polnischen Staatsbahnen nicht übernommen worden. Die Polen haben weder Lokomotive noch Zugbegleitpersonal gestellt.

Der Zug gehört zu den durch den deutsch-polnischen Staatsvertrag vom 21. April 1921 (Pariser Staatsvertrag) privilegierten Zugverbindungen zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschen Reich. Das Verhalten Polens ist somit sowohl eine Verletzung dieses Staatsvertrages als auch der auf den deutsch-polnischen Fahrplankonferenzen in Ausführung dieses Staatsvertrages getroffenen Vereinbarungen.

Mit dieser Verletzung des deutsch-polnischen Staatsvertrages scheint Polen die bisherigen Versuche zur Beseitigung des Konfliktes zwischen Deutschland und Ostpreußen verschärfen zu wollen. Wenn wir uns daran erinnern, daß die polnischen Schienen damit begannen, daß zunächst deutsche Reisende, die den direkten Korridorverkehr benutzen, aus den Zügen heraus vertrieben wurden, und daß dann, als der Verkehr mehr auf den Seeweg verlagert wurde, mehrfach deutsche Verkehrsflugzeuge beschlagnahmt wurden, dann kann man deutlich die Linie erkennen, die Warschau einzuschlagen scheint.

Man ist sich hoffentlich in Polen darüber klar, daß eine offensichtliche Verletzung des Staatsvertrages den Konflikt noch erheblich kompliziert und daß die Beziehungen zwischen Warschau und Berlin damit auf eine sehr ernste Probe gestellt sind. Das sollte man sich auch in London und Paris sagen, wo man die Macht hat, die Polen zur Besinnung zu rufen. Wir jedenfalls müssen immer wieder betonen, daß die Zuführung des deutsch-polnischen Konfliktes mit jedem Tage gefährlicher wird.

Auch Eisenbahnverkehr Chorzow-Beuthen von Polen unterbrochen

Wie die „Oberschlesische Volksstimme“ in Gleiwitz meldet, haben die Polen nach ihrem plötzlichen und heimlichen Abzug aus ihrer Grenzabfertigungshalle im Beuthener Hauptbahnhof nun ebenso rechtswidrig ihren bisher einigermaßen normal durchgeführten Eisenbahnverkehr von und nach Beuthen in Chorzow eingestellt. Mit rücksichtsloser Gewalt drängten polnische Eisenbahn- und Polizeibeamte z. B. am Mittwochnachmittag aus dem sonst in Beuthen um 12.50 Uhr eintreffenden internationalen Fern-D-Zug alle Fahrgäste, ganz gleich welcher Nationalität aus den Waggons, die schließungsmäßig bis Berlin und Odenwald als Karswagen weitergehen sollten. Besonders unerträglich benahmten sie sich gegenüber zahlreichen reichsdeutschen über die nahe Kohlenhalde auf die Straße Königshütte Sie jagten diese behauerten Kohlenhalde auf die Straße Königshütte über die nahegelegene Kohlenhalde auf die Straße Königshütte — Beuthen und erlaubten noch nicht einmal, daß die mit Koffern schwergepackten reichsdeutschen Reisenden die Straßenbahn bis in unmittelbare Grenznähe benutzten.

